

Der palästinensisch-israelische Konflikt – aktuelle und zukünftige Szenarien

Seit dem Abkommen von Oslo gibt es viele Möglichkeiten, sich dem palästinensisch-israelischen Konflikt zu nähern, aber bei jedem dieser Versuche ist es unumgänglich, eine Anzahl wichtiger Faktoren zu beachten: die Frage nach Land, die widersprüchlichen nationalen historischen Wahrnehmungen, das Konzept der Siedlungspolitik, die Auswirkungen der Verhandlungen und die so genannte „Kultur der Koexistenz“ zwischen Palästinensern und Israelis. Diese Faktoren sollen untersucht werden, um verständlich zu machen, warum der Friedensprozess zusammengebrochen ist, Oslo sein Ziel verfehlte und welche Szenarien für die Zukunft vorstellbar sind.

Die zentrale Frage: Land

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ist die Frage nach dem rechtmäßigen Besitz des Landes Palästina das Herzstück des Konfliktes zwischen dem palästinensischen Volk und der zionistischen Bewegung: Wer übt die politisch-militärische Kontrolle aus, und wer regiert dieses Land? Im frühen Zionismus verbreitete sich der Mythos, dass man für die Errichtung des jüdischen Staates „ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ gewählt hätte – und viele Israelis hängen heute noch an diesem Mythos. Der frühe Widerstand der Palästinenser gegen das Eindringen eines anderen Volkes, das ihr Gebiet beanspruchte, ist durch viele Aufstände und Opfer dokumentiert; aber die zahlreichen politischen Versuche, die jüdische Einwanderung und Landakquisition zum Stillstand zu bringen, schlugen fehl.

Ungeachtet der verschiedenen Darstellungen der Entwicklung des Konfliktes steht fest, dass die erste internationale Anstrengung zur Eindämmung des Konfliktes der Teilungsplan der Vereinten Nationen vom 29. November 1947 ist. Der Plan beinhaltete die Teilung Palästinas in einen jüdischen Staat auf 56,47 Prozent der Fläche und einen arabischen Staat auf 44,53 Prozent der Fläche, obwohl die Juden – damals ein Drittel der Bevölkerung – nur sieben Prozent des Landes besaßen. Die Arabische Liga und die Palästinenser lehnten den Plan ab, was zum ersten arabisch-israelischen Krieg 1948/49 (Naqba) führte. Wegen der Angriffe der jüdischen Streitkräfte flüchteten zwei Drittel der Palästinenser während dieses Krieges. Zusätzlich zu dem Land aus dem Teilungsplan eroberten die Juden weitere 23 Prozent während des Krieges, sie kontrollierten nun 78 Prozent des Gebietes. Der Rest – der Gazastreifen und die Westbank – fiel unter ägyptische beziehungsweise jordanische Verwaltung. Im Verlauf des Junikrieges von 1967 eroberte Israel die verbliebenen 22 Prozent von Palästina. Seither hält es dieses Land besetzt und verstößt ganz augenscheinlich gegen internationales Recht. Die Palästinenser teilten sich in vier große Gemeinden: Araber in Israel, auf der Westbank, im Gazastreifen und in der restlichen Welt, hauptsächlich in benachbarten arabischen Staaten.

Eine rasche oder einfache Beilegung des Konfliktes ist nicht möglich, da beide Parteien Anspruch auf dieses Land erheben; die rechtmäßigen Eigentümer verfügen nicht über die Macht, um ihre legitimen Forderungen durchzusetzen, sie haben auch keine militärischen Kräfte, um die Rechte der heimischen Bevölkerung zu erzwingen. Die Israelis hatten nach Meinung der Palästinenser immer zwei hervorstechende strategische und ideologische Ziele: Siedlungen und Expansion wo immer möglich. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, dass Israel bis heute die internationalen Grenzen des Landes nicht definiert hat.

Das Siedlungskonzept

Die Beilegung eines so tief wurzelnden, komplizierten und lang andauernden Konfliktes, wie es der israelisch-palästinensische Streit ist, kann nur gelingen, wenn grundsätzliche Voraussetzungen stimmen: Es muss gegenseitiges Verständnis vorhanden sein und die Bereitschaft, die andere Seite als gleichberechtigten Partner zu sehen und zu behandeln. Diese Lektion muss Israel noch lernen, und es muss aufhören, die palästinensischen Rechte und Ansprüche zu missachten. Es war immer ein deutliches Ziel der israelischen Siedlungskonzeption, die Anerkennung des jüdischen Staates auf dem Gebiet des ehemaligen Palästina durch die Araber zu erzwingen – wenn nötig durch Krieg. So sollte die Angelegenheit zu einem Ende gebracht werden, und die Palästinenser müssten die Rechtmäßigkeit eines jüdischen Staates anerkennen.

Das arabische Siedlungskonzept nach dem Krieg von 1948 war charakterisiert durch die Herausforderung des jüdischen Staates (durch Kampf, sogar durch kriegerische Auseinandersetzungen) und durch die Betonung der Illegitimität des Staates. Aber dieser Versuch scheiterte am unterschiedlichen Kräfteverhältnis und an Konflikten zwischen den regierenden Regimen. Nach der Besetzung 1967 wurde ein neuer Versuch unternommen, der sich besonders darauf konzentrierte, die Anwendung von internationalen Rechtsnormen möglich und notwendig erscheinen zu lassen, man forderte die Umsetzung von UN-Resolutionen. 1974 unterbreitete die Palestinian Liberation Organization (PLO) in ihrem 10-Punkte-Programm erstmals die Zwei-Staaten-Lösung und durch ihre Akzeptanz kam es zu einer Verschiebung der Argumente: Wenn die Juden eine legale und „moralische“ Begründung finden, um ihr Heimatland auf einem Gebiet zu errichten, das nicht ihren Vorfahren gehörte, dann darf auch das palästinensische Volk darauf bestehen, seinen eigenen Staat auf seinem rechtmäßigen Heimatboden zu errichten. Diese Formulierung gewann nach dem Oktoberkrieg 1973 die Oberhand, als die palästinensischen Führer um Arafat sich einig waren, dass die Ziele der Palästinenser nicht durch Krieg erreicht werden konnten, sondern nur durch einen pragmatischeren Zugang, nämlich durch Verhandlungen.

1987 schlugen die Palästinenser unter dem Banner der (ersten) Intifada ein neues Kapitel auf, sie wollten eine Veränderung des *Status quo* (ein Ende der israelischen Okkupation), Frieden und Unabhängigkeit auf ihrem nationalen Boden und nicht mehr auf eine von außen gelenkte Veränderung warten. Aus heutiger Sicht kann man sagen, dass die Intifada ein wichtiges Ziel erreicht hat – die Einstellung beider Parteien änderte sich sehr rasch, dadurch öffneten sich neue Kommunikationsebenen und Beziehungen, man nahm sich gegenseitig zur Kenntnis, und es kam zu direkten Kontakten und Gesprächen, um schließlich doch den Jahrzehnte alten Konflikt beizulegen und die Okkupation zu beenden.

Neben diesen Kontakten führten einige internationale und regionale Ereignisse zur Madrider Friedenskonferenz für den Mittleren Osten im Oktober 1991. Zu diesen Ereignissen zählten unter anderem der Untergang des Kommunismus, der Rückzug Jordaniens von einem Engagement auf der Westbank und im Golfkrieg und natürlich auch die Tatsache, dass Israel keinen Weg fand, die Intifada militärisch zu besiegen.

Man erlaubte der palästinensischen Führung, mit einer „Insiderdelegation“ gemeinsam mit Jordanien an den Verhandlungen in Madrid teilzunehmen. Aber schon bald wurde klar, dass es keine Änderung in der israelischen Politik geben würde, Israel wollte nur, dass die Palästinenser dem alten Plan einer limitierten Autonomie (Camp David 1979) zustimmten. Während der „offizielle“ Friedensprozess in Washington, Moskau und an anderen Orten erfolglos fortgesetzt wurde, öffneten sich zwischen Israelis und Palästinensern einige geheime, direkte Kanäle. Eines der Ergebnisse waren die Verhandlungen in Oslo, die am 13. September 1993 zur Unterzeichnung der Grundsatzserklärung „Oslo Accords“ führten.

Verhandlungen und ihre Folgen

Die oft als historischer Durchbruch gewerteten Vereinbarungen von Oslo basierten auf der Formel „Land für Frieden“ und der Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates aus dem Jahr 1967. Die „Oslo Accords“ beinhalten die offizielle gegenseitige Anerkennung zwischen dem Staat Israel und der PLO als Vertretung der Palästinenser. Das Herzstück dieser Vereinbarungen war ein schrittweiser Prozess, in dessen Verlauf es zu einem kompletten Rückzug Israels und zum Aufbau der palästinensischen Autonomierechte kommen sollte. Eine zweite Phase der Behandlung „schwieriger“ Angelegenheiten sollte einvernehmlich einen „Endzustand“ herbeiführen. Ursprünglich sollte der gesamte Prozess am 4. Mai 1999 beendet sein, aber zu diesem Zeitpunkt waren die meisten vereinbarten Interimslösungen noch nicht durchgeführt.

Die Beziehungen der beiden Seiten zueinander schienen sich – zumindest im Urteil der Medien – günstig zu entwickeln, aber die harten Fakten offenbarten das wirkliche Ausmaß der Kluft zwischen den beiden, die sich vielleicht noch weiter als jemals zuvor voneinander entfernt hatten. Drängende Eigeninteressen hatten die politischen Führer beider Seiten zu diesem historischen Punkt der Anerkennung gebracht, eine feste Überzeugung oder die Akzeptanz der jeweils anderen politischen Agenda war nicht ausschlaggebend gewesen. Die Israelis hatten zwei schwere Fehler in ihrer Vorgangsweise erkannt: Es war ihnen nicht gelungen, die Palästinenser als billige Arbeitskräfte zu halten, und sie hatten keine Alternative zur PLO schaffen können, außerdem hofften sie auf ein Ende der kostspieligen Intifada. Israel fürchtete auch eine Islamisierung des Widerstandes in den besetzten Palästinensergebieten (OPT). Die Dauer des Konfliktes hatte zur Ermattung und Isolierung der PLO in Tunis geführt. Nach dem Golfkrieg war sie nicht nur politisch und finanziell am Ende, sondern zusätzlich mit dem Aufstieg einer populären, lokalen nationalen Gruppe politischer Anführer in den Palästinensergebieten konfrontiert, deren Loyalität angezweifelt wurde – eine Bedrohung für die Position der PLO. Diese zeigte sich auch besorgt über die ständigen Gespräche von König Hussein von Jordanien mit den Israelis. Man fürchtete eine Marginalisierung der PLO und einen verstärkten Einfluss Jordaniens in den besetzten Gebieten.

Vor diesem Hintergrund entschieden sich beide Seiten für die Verhandlungen in Madrid. Der begonnene Friedensprozess geriet ins Wanken, als beide Seiten eifrig gegensätzliche Ziele verfolgten, sie hielten an den völlig widersprüchlichen Wahrnehmungen jedes einzelnen Aspektes ihrer unvermeidlicherweise gemeinsamen Geschichte fest.

Die Täuschung

Von Beginn an hatten Israel und die PLO nur wenige übereinstimmende Ziele in ihrer Konzeption für eine zentrale Formel oder Grundsätze, über die verhandelt werden sollte. Nur „Land für Frieden“ und die Umsetzung der Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates standen als gemeinsame Ziele fest. Für die Israelis beschränkte sich das gegenseitige Verständnis darauf, die PLO als eine Organisation zu sehen, die ein Volk repräsentiert, aber nicht die Bevölkerung selbst und nicht ihr Recht auf Souveränität. Israel wollte die Anerkennung und Akzeptanz des jüdischen Staates *und* die palästinensische Zustimmung zum „Teilen“ der übrig gebliebenen 22 Prozent des historischen Palästina (der besetzten Gebiete) erreichen – in Form einer beschränkten Autonomie. Das heißt, Israel wollte die Besetzung möglichst großer Gebiete der Westbank und des Gazasteifens weiterhin aufrechterhalten und sich bei diesem Abenteuer der palästinensischen Selbstverwaltung als Handlanger und Legitimation bedienen.

Die Palästinenser hatten völlig andere Erwartungen: Sie hofften auf ein Ende der Okkupation und die Entstehung ihres eigenen Staates mit Ostjerusalem als Hauptstadt. Sie akzeptierten nicht nur eine sehr „ungleiche“ gegenseitige Anerkennung, sondern auch das

Konzept der schrittweisen Verhandlungen, durch das es zu Verzögerungen hinsichtlich jener Diskussionspunkte kam, die ihnen besonders wichtig waren. Sie stimmten auch der Teilung der Westbank in mehrere Sektoren zu: in den palästinensisch kontrollierten Sektor A (die sechs wichtigeren Palästinenserstädte), den Sektor B mit gemeinsamen Patrouillen, Zivilautorität der Palästinenser und vollständiger Sicherheitskontrolle der Israelis (verstreute Palästinensersiedlungen) und in den Sektor C (jüdische Siedlungen und der Rest des Palästinensergebietes), wo Israel die volle Kontrolle beibehält.

Nicht nur die Diskrepanzen zwischen Konzept und Absicht, auch das Verhalten nach den Verhandlungen in Madrid bewies die Täuschungsmanöver der Israelis: Sie hielten sich nicht an ihre Zusagen und zeigten überhaupt keine Einsicht; sie zogen sich nicht aus dem Palästinensergebiet zurück, setzten ihre Siedlungspolitik nicht aus und stoppten weder die Landenteignungen noch Hauszerstörungen oder andere solche Praktiken – ein klarer Beweis, dass der historische Konflikt unvermindert fortgesetzt wurde, aber als neues Kapitel mit dem täuschenden Titel „Friedensprozess“.

Fünf israelische Regierungen mit ihren jeweils eigenen Mitarbeitern, Interessen und Parteiprogrammen haben in den letzten zehn Jahren konsequent eine Strategie verfolgt: die volle Kontrolle über die besetzten Palästinensergebiete zu erhalten und damit jede Möglichkeit für einen lebensfähigen Palästinenserstaat zu vernichten. Die israelische Politik hat erfolgreich „Fakten“ geschaffen – und bleibt bei diesem Modell. Nach Jahren der „Friedensgespräche“ ist die Zahl der israelischen Siedler in den Palästinensergebieten doppelt so hoch, heute sind es rund 380 000 Menschen, von denen allein 180 000 in Ostjerusalem leben.

Auf palästinensischer Seite ist der Transformationsprozess der PLO von einer „Widerstandsorganisation im Exil“ zu einer „staatsbildenden Institution“ weit entfernt von seiner Realisierung. Desillusion hat sich breit gemacht, weil die administrative Autorität der Palästinenser unzureichend und limitiert ist, oft nur Kosmetik. Im Gegensatz dazu ist klar geworden, dass Israel die entscheidende Kontrolle über das gesamte Gebiet ausübt, ein Ende der Okkupation ist nicht in Sicht.

Eine Kultur der Koexistenz?

Mit wenigen Ausnahmen hat sich der Diskurs in Israel immer um die Dynamik und um Nuancen der zionistischen Hegemonie und Kontrolle gedreht, nur selten ging es um Versöhnung, friedliche Koexistenz und gleiche Rechte. Das erklärt die Gewaltspirale, die in den letzten Jahren die Schlagzeilen beherrschte, beginnend mit dem Massaker, das ein Siedler im Februar 1994 an 29 betenden Muslims in der Al-Ibrahimi-Moschee anrichtete, fortgesetzt mit dem Mord an Premierminister Rabin durch einen israelischen Fanatiker im November 1995, mit der Ermordung des Hamas-Aktivisten Yahya Ayyash im Januar 1996, gefolgt von einer Serie von Selbstmord-Bombenattentaten, die aus Rache verübt wurden, und schließlich dem Quana-Massaker der israelischen Armee, dem über 100 Zivilisten bei Bombardierungen im Südlibanon zum Opfer fielen.

Der Wahlsieg des rechtsgerichteten Premierministers Benjamin Netanyahu (Likud) im Juni 1996 war die erste Antwort Israels auf bisherige „Friedensversuche“. Die Likud-Regierung ignorierte die Vereinbarungen von Oslo, wies die Formel „Land für Frieden“ zurück und sprach sich gegen Einschränkungen in der Siedlungspolitik aus. Im September 1996 forderte Netanyahu die Palästinenser heraus, als er die Öffnung eines Tunnels verlangte, der unter der heiligen Al-Aqsa-Moschee durchführt. Es kam zu den schwersten Zusammenstößen seit der Intifada, über 60 Palästinenser starben, 1 500 wurden verletzt. Es folgte ein „Krisengipfel“ mit Arafat, Netanyahu, Clinton und König Hussein in Washington – der erste Versuch in einer langen Serie, um den Friedensprozess trotz aller Anzeichen von Schwäche wieder in

Gang zu bringen. Man bekämpfte aber die Symptome und nicht die Ursachen, daher trug keines dieser Treffen ernst zu nehmende Früchte. Weitere Gewaltausbrüche folgten wegen des Abzugs aus Hebron und der Ankündigung neuer Siedlungen (Har Homa am Jabal Abu Ghneim in Jerusalem), auch die gewaltsame Unterdrückung des Gedenkmarsches anlässlich des Naqba-Tages von 1998 (50. Jahrestag der palästinensischen „Katastrophe“) führte zu schweren Unruhen.

In diesem Klima der Angst und des Misstrauens wurde Ariel Sharon von Netanyahu in das Außenministerium berufen. Bei Verhandlungen in Wye River Plantation wurden Vereinbarungen (nochmals) getroffen, deren Umsetzung Israel unter dem Vorwand der Sicherheit verweigert hatte. Man erreichte eine gewisse Verständigung und schrieb sie im Wye-River-Memorandum wie ein „Heiligtum“ nieder – aber der neuerlich geforderte Rückzug wurde wieder hinausgeschoben, und es änderte sich nichts.

Im Mai 1999 änderte sich die politische Lage in Israel neuerdings durch den Wahlsieg der Arbeiterpartei, der ehemalige Stabschef Ehud Barak wurde Ministerpräsident. In einer seiner ersten Handlungen legte er „Rote Linien“ für eine Verhandlungslösung fest: Jerusalem soll niemals geteilt beziehungsweise Hauptstadt eines Palästinenserstaates werden, die 1967 als Grundlage für einen Abzug festgelegte „Grüne Line“ wird zurückgewiesen, ferner verspricht Barak, dass es keine fremde (das heißt palästinensische) Armee westlich des Jordans und keinen Abbruch der israelischen „Siedlungsblocks“ auf der Westbank geben werde. Zur Durchsetzung seiner eigenen Agenda änderte Barak schnell das Wye-River-Memorandum-Memorandum und ersetzte es durch ein neues Abkommen, das am 4. September 1999 in Sharm Esh-Sheikh unterzeichnet wurde. Damit wurde der festgelegte Rückzugsplan und die prozentuelle Aufteilung von Wye annulliert, und es gelang Barak, die Rückzugquoten extrem niedrig zu halten. Am 13. September 1999 begannen die Verhandlungen über einen endgültigen Status. Es war der 6. Jahrestag der Unterzeichnung der Grundsatzserklärung, und vielen Palästinensern war mittlerweile klar geworden, dass die Abkommen von Oslo nicht in der Lage waren, auch nur ein Minimum der palästinensischen Bedürfnisse, Erwartungen und Hoffnungen zu erfüllen.

Trotzdem fanden weiterhin offizielle und inoffizielle Gespräche statt, immer wieder wurde über Fortschritte in den Verhandlungen berichtet, aber an der Realität änderte sich wenig. Anfang 2000 reduzierten die Israelis neuerdings ihre Rückzugsquoten und erstellten endgültige „Karten“: 55 bis 60 Prozent der Westbank wurden der Palestinian Authority (PA) „angeboten“, was sie glatt ablehnte. Im März unterlag dann eine kampfbereite PA dem israelischen Druck und stimmte den „Karten“ zu, die einen detaillierten Abzugsplan der Israelis enthielten und der PA die Kontrolle über 18,2 Prozent der Westbank überließen. Zwei Monate später verschoben die Israelis auch den lang erwarteten Transfer von 6,1 Prozent ihrer Kräfte auf unbestimmte Zeit.

Juli 2000: Camp David

Israel zögerte weiterhin bei der Einlösung seiner Versprechungen und bei der Umsetzung der Abkommen, in den offiziellen und inoffiziellen Gesprächen zeichnete sich kein Entgegenkommen in den offenen Fragen ab. Die israelische Regierung kämpfte nach dem Rücktritt mehrerer Minister und dem Streit in der Knesset um ihren Verbleib im Amt, als sich Ministerpräsident Barak um ein Gipfeltreffen zur endgültigen Beilegung des Palästinenserkonfliktes bemühte. US-Präsident Clinton lud zum Gipfel von Camp David unter seiner Schirmherrschaft ein. Die Palästinenser begriffen, dass sie diese Einladung nicht ablehnen konnten, die internationale Gemeinschaft würde sie als „Verhinderer“ des Friedensprozesses anprangern, wenn sie Präsident Clintons Ruf zu „historischen Gesprächen“ nicht folgen würden. Sie nahmen an dem Treffen teil, das ihnen eigentlich aufgedrängt wurde.

Vor den Gesprächen hatten sich die Parteien verpflichtet, während des Gipfels eine absolute Nachrichtensperre zu respektieren; die Teilnehmer sollten die Chance haben, so offen wie möglich miteinander zu reden. Alle sensiblen, offenen Fragen wurden angesprochen – was unvermeidlich zum „Stadtgespräch“ in Israel und der gesamten arabischen Welt wurde.

Baraks Verhandlungsteam ging davon aus, ein großzügiges und historisches Angebot zu unterbreiten: Einrichtung eines entmilitarisierten palästinensischen Staates auf 90 bis 95 Prozent des besetzten Gebietes (OPT) und die Rückkehr einer festgesetzten Zahl von „ausgewählten“ Flüchtlingen. Als Gegenleistung sollten die Palästinenser den Konflikt für beendet erklären und auf ihr grundlegendes nationales Recht auf Rückkehr verzichten. Die Palästinenser hatten schon ein sehr großes und schmerzliches Zugeständnis hinsichtlich der Landverteilung gemacht, als sie die Existenz des Staates Israel auf 78 Prozent ihres Heimatlandes zur Kenntnis genommen hatten und ihre nationalen Forderungen auf die verbliebenen 22 Prozent reduzierten, das heißt auf die Westbank und den Gazastreifen in den Grenzen vor 1967. Ein weiterer Kompromiss war undenkbar und auch ein Hinweis darauf, dass die Israelis mit dem Landgewinn aus dem Krieg 1947 bis 48 nicht zufrieden waren und auch noch jene Gebiete wollten, die sie 1967 besetzt hatten.

Die Fragen der palästinensischen Flüchtlinge und Jerusalems blieben mit der Forderung der Israelis verknüpft, dass Jerusalem und die heilige Stätte der Al-Aqsa-Moschee beiden Parteien zugänglich sein müssen. Über das illegal von den Israelis kontrollierte West-Jerusalem durfte überhaupt nicht diskutiert werden. Die Palästinenser sollten auch auf das unveräußerliche Rückkehrrecht der Flüchtlinge verzichten, das die Israelis als „einen Krieg zur Zerstörung Israels“ bezeichneten.

Präsident Arafat hielt dem enormen amerikanischen Druck Stand und unterzeichnete kein Dokument oder Memorandum. Der Preis war zu hoch – sowohl im Hinblick auf die Rechte für die Palästinenser als auch auf seine persönliche Zukunft.

Der Gipfel von Camp David kam zu früh, und er fußte ausschließlich auf den Erwartungen von Barak und Clinton, die beide dem Ende ihrer Amtszeit entgegensahen. Das Scheitern des Treffens war keine Überraschung und bestätigte wieder einmal, dass die sich Israelis nicht aus ihrer Besatzermentalität lösen können. Die Amerikaner übten keinerlei Druck aus, um eine Änderung in der Einstellung der Israelis zu erzwingen, im Gegenteil, sie unterstützten ihren Verbündeten bedingungslos.

Al-Aqsa-Intifada

Die Palästinenser hatten sieben Jahre auf Einlösung der Myriaden von Versprechungen seitens der Israelis gewartet – das muss man wissen, um die Al-Aqsa-Intifada zu verstehen. Sie hatten Verzögerungen, Rücknahmen, Neuverhandlungen von bereits getroffenen Vereinbarungen, gebrochene Zusagen und die Realität fortschreitender Besetzungen akzeptiert, die jeden Bereich ihres Lebens betraf. Sie waren tief frustriert, weil ihre zahllosen Opfer nichts bewirkt hatten. Es war ein endloses Warten auf ein Leben in Würde; die Illusionen schwanden und die Palästinenser bekamen Angst, dass ihre Zukunft vor ihnen wie eine Seifenblase zerplatzen würde. In dieser Stimmung konnte ein Funke zur Explosion führen.

Dieser Funke war der provokante Besuch der Heiligen Stätte Haram Ash-Sharif durch Ariel Sharon, dem Chef der oppositionellen Likud-Partei. Mit Zustimmung der israelischen Regierung besuchte er in Begleitung von Tausenden Soldaten am 28. September 2000 den heiligen Ort. Daraufhin ist eine Welle der Gewalt über die Westbank und den Gazasteifen hinweggefegt, die Palästinenser beklagen über 400 Tote und Tausende Verletzte. Die neue Intifada ist ein Aufstand gegen die fortdauernde Okkupation und die damit verbundenen

Erniedrigungen und Ängste, für die es kein Ende zu geben scheint. Aber die Israelis wollen nicht einsehen, dass die Verzweiflung der Palästinenser aus dieser Hoffnungslosigkeit entstanden ist, sie distanzieren sich weiter von ihrer Verantwortung.

Sharons Stunde

Die Wahl Ariel Sharons war ein Bekenntnis der israelischen Bevölkerung gegen die Politik Baraks, der keines seiner Wahlversprechen eingelöst hatte: Weder hatte er die inneren Reformen durchgeführt, noch war es zu einem Friedensschluss mit den Syrern oder zum Ende des Palästinenserkonfliktes gekommen. Es war auch ein Bekenntnis gegen Arafat, den die Israelis offensichtlich nicht als Partner für eine politische Lösung anerkennen können, und ein Bekenntnis gegen Friedensszenarien, die Barak in Camp David vorgeschlagen hatte und die vielen Israelis „zu gefährlich“ und weitreichend erschienen. Schließlich war es auch ein Bekenntnis für einen Schutzschild (in der Person Ariel Sharons) gegen die Al-Aqsa-Intifada, dem die israelische Linke schweigend zustimmte. Das Wahlergebnis spiegelte die tiefe innere Spaltung und die Führungsschwäche in Israel wider, es fehlt eine lebensfähige Vision für eine Lösung mit den Palästinensern.

Trotz aller internen Meinungsverschiedenheiten arbeitet die Koalitionsregierung Sharons angesichts der Al-Aqsa-Intifada auf eine einheitliche Position Israels hin und versucht, Arafat und die Fatah-Führung lahm zu legen, wenn nicht sogar die Autorität der PA zu zerstören. Der Slogan lautet: „Stopp der Gewalt gegen den jüdischen Staat.“ Sharon führte einen 100-Tage-Plan ein, um die ausschließlich israelische Kontrolle in den besetzten Palästinensergebieten wieder herzustellen, die Eindämmungspolitik führte zu Teilungen und Trennungen des Landes und der Menschen, Straßensperren, und Checkpoints diktiert nun die Lebensbedingungen der Palästinenser und ihre Führer.

Auch in Jerusalem werden Sharons politische Absichten deutlich. Er ordnete militärische Präsenz innerhalb der heiligen Stätte der Al-Aqsa-Moschee an und ermutigte Siedler zu weiteren Aktivitäten. Sharons Bedingungen für einen „Waffenstillstand“ enthalten mehrere Forderungen. Er verlangt die Beendigung der Intifada durch Arafat; alle Aktivisten müssen verhaftet und außer Gefecht gesetzt werden, bevor es zu Verhandlungen über langfristige Abmachungen und einen Antikriegspakt kommen kann. Sharon hat nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass sein Plan keine palästinensisch-israelische „Koexistenz“ vorsieht, auch wird keine einzige Siedlung abgerissen. Es wird keinen Rückzug Israels aus dem Jordantal und keinen Kompromiss im Hinblick auf Jerusalem, Flüchtlinge oder Grenzfragen geben. Sein maximales „Angebot“ besteht in einem entmilitarisierten Palästinenserstaat auf nur 42 Prozent der Westbank.

Nach sieben Jahren Verhandlungen bedeutete die Wahl Sharons eine klare Entscheidung gegen die Regierung Barak mit ihren vielen Pannen, aber es war auch eine gefährliche Abkehr von einem Kurs für Frieden und Koexistenz. Dieser öffentliche Meinungsumschwung ist in der vollen Unterstützung von Sharons Aktionen erkennbar. In einer Meinungsumfrage befürworteten 71 Prozent der Befragten die Ermordung der palästinensischen Führer, die in Verbindung mit „Terrorakten“ gesehen werden, 73 Prozent befürworteten wirtschaftliche Sanktionen gegen die Palästinenser. Rund 62 Prozent waren der Meinung, dass es unmöglich sei, zu einem Friedensvertrag mit den Palästinensern zu kommen.¹ Das Ergebnis einer anderen Meinungsumfrage² zeigte, dass sich die Meinung der Israelis über die Palästinenser

1 Umfrage des israelischen Dahaf-Instituts im April 2001

2 Umfrage des Yediot Ahronot im April 2001

seit dem Beginn der Intifada verschlechtert hat, rund 74 Prozent der Befragten sind für eine einseitige Trennung.

Unterstützung erhält Sharon auch von seinem wichtigsten Verbündeten, den Vereinigten Staaten, die sich für eine Nichteinmischung in Sharons Agenda entschieden haben. Trotz ihrer langen strategischen Allianz mit Israel und der ständigen finanziellen und militärischen Unterstützung können die Amerikaner ihre Vorgangsweise noch immer nicht an kurzfristig eintretende oder vorübergehende Situationen anpassen. Sehr zu Ariel Sharons Genugtuung hat die Regierung Bush äußerst spitz von einer Einladung Arafats nach Washington Abstand genommen, die Konsultationen wurden auf Ägypten und Jordanien beschränkt.

Während seines ersten offiziellen Besuchs in Washington präsentierte Sharon seine regionale Agenda und unterstrich die volle Unterstützung der neuen amerikanischen Regierung in ihrer Politik gegenüber dem Irak und Libyen. Er forderte die Einstufung der Hisbullah als „terroristische Organisation“ sowie die Notwendigkeit wirtschaftlicher Sanktionen gegen Teheran. Im Hinblick auf Syrien und Libanon öffnete Sharon die „Büchse der Pandora“ und sprach über die Wasserprobleme der Region; die interne libanesishe Infrastrukturentwicklung sei eine militärische Angelegenheit. Sharon forderte vehement die weitere amerikanische Unterstützung Jordaniens.

Wohin führt der Weg? Szenarien

Wie lange wird die israelische Öffentlichkeit den militanten Weg von Sharon unterstützen? Wie lange wird es ihm gelingen, die Arbeiterpartei in der Regierungskoalition zu halten, die keinem gemeinsamen Programm zugestimmt hat? Und wie lange wird die neue US-Regierung Sharon mit Glacéhandschuhen behandeln? Eine andere Frage ist, ob sich die arabischen Staaten unter dem zunehmenden Druck der Straße weiterhin zurückhalten werden.

Wahrscheinlich werden sich alle Seiten in etwas unterschiedlicher Form gegen Sharon persönlich und gegen seine militärischen Angriffe wenden. Das Umfeld lässt darauf schließen, dass seine Regierung nicht lange im Amt sein wird. Vielleicht ist er sich dieser Tatsache bewusst und hat seine „Doktrin“ deshalb mit solcher Eile durchgesetzt. Die regionale Strategie dieser Doktrin lässt einen lebensfähigen, souveränen Palästinenserstaat kaum zu. Als regionales Ziel strebt Sharon die Wiederherstellung der Sicherheitsallianz mit Jordanien an, das weiterhin als Pufferstaat zwischen Israel und dem Irak beziehungsweise dem Iran dienen soll. Nach Meinung Sharons muss und will Jordanien palästinensische Flüchtlinge aufnehmen, um Wirtschaftshilfe aus Europa und den Vereinigten Staaten zu bekommen. Sharon setzte sich bei seinem Antrittsbesuch in Washington auffallend für eine weitere militärische und finanzielle Unterstützung Jordaniens durch die Vereinigten Staaten ein.

Sharon möchte eine Regelung erreichen, an die alle folgenden israelischen Regierungen – egal ob links, rechts oder Mitte – gebunden sind: Die Palästinenser sollen unter einer regionalen Allianz begraben sein, die sich vehement von der Vorstellung einer zukünftigen gemeinsamen palästinensisch-israelischen Lösung distanziert. Wahrscheinlich wird Sharon zufrieden aus dem Amt scheidend, wenn eine umfassende Lösung zwischen den beiden Parteien völlig unmöglich erscheint, sein Ziel ist die Wiederherstellung der Sicherheitsallianz zwischen Jordanien und Israel. Auch Beirut und Damaskus werden herausgefordert, da sie palästinensische Flüchtlinge aufnehmen sollen. Der Erfolg Sharons wird daran gemessen werden, ob er seine militärischen Drohungen und Angriffe dazu nutzen kann, um für seine Nachfolger eine Situation zu schaffen, in der keine Annäherung möglich ist. Nicht die Dauer seiner Amtszeit bereitet Ariel Sharon Sorge, sondern die Wirkung und das Ausmaß, mit denen er seine „Doktrin“ durchsetzen kann.

Arafat wird als Meister der Taktik wieder eine Seite gegen die andere ausspielen – wie er es schon so oft gemacht hat –, aber diesmal von den besetzten Palästinensergebieten aus, nicht aus Jordanien, Libanon oder vom weit entfernten Tunis. Die jordanische Bevölkerung wird mit dieser Vorgangsweise nicht einverstanden sein, niemand in Jordanien möchte eine politische Lösung zu Lasten des eigenen Landes. Auf lange Sicht fürchten sie eine „Palästinisierung“ Jordaniens hinsichtlich der demographischen Entwicklung, Wirtschaft und Politik. Dieses Szenario wäre aber auch gegen die Vorstellungen der Palästinenser, die keine Ersatzheimat suchen und sich gegen einen Anschluss an Jordanien wehren, auch als Übergangslösung. Sie wollen einen unabhängigen Staat auf ihrer eigenen Erde. Die Grenze des autonomen Palästinensergebietes ist nun international als „Rote Linie“ anerkannt, die von den israelischen Truppen nicht überschritten werden darf; auch bezüglich Arafats Rechtmäßigkeit als Führer der Palestinian Authority bestehen keinerlei Zweifel, ebenso ist die Akzeptanz eines palästinensischen „Ministaates“ gegeben. Arafat hat wenig zu verlieren, und er wird sein taktisches Spiel spielen, um alle möglichen finanziellen, politischen und diplomatischen Vorteile zu erreichen – auch wenn es nur um einen neuerlichen Beweis für das Überleben geht. Die Antwort Arafats auf die aktuelle israelische Taktik kann auch als – widerwillige – Akzeptanz betrachtet werden; er nimmt Sharons Bedingungen für eine Beendigung der militärischen Konfrontation an, um seine Rolle als einziger Partner in diesem und zukünftigen Szenarien zu behalten. In dieser Hinsicht fürchtet Arafat ein jordanisch-israelisches Abkommen „hinter seinem Rücken“, denn er traut keiner der beiden Parteien und fürchtet, dass sie auf der Suche nach einem anderen Partner sind, um die Palästinenser in einer Ära nach Arafat kontrollieren zu können.

Die Intifada könnte aber schließlich die öffentliche Meinung in Israel beeinflussen und erreichen, dass die Israelis in den Plänen Sharons ein sich rasch entwickelndes Apartheidsystem erkennen, das den Weg für ewigen Hass und Streit zwischen beiden Völkern ebnet. Diese Tatsache könnte die Arbeiterpartei aufwecken, sie könnte ihre Beteiligung an der Regierung Sharon überdenken, um die Partei zu retten. Gleichzeitig könnte die Friedensbewegung zu neuem Leben erwachen. Eine Wiederaufnahme der Dialogbereitschaft durch die Aktivisten würde den Druck auf die israelische Regierung erhöhen, ihre Siedlungspolitik zu überdenken und neue ernsthafte Verhandlungen aufzunehmen. Man darf nicht vergessen: Der Druck der öffentlichen Meinung auf die Regierung in Israel wurde während der ersten Intifada so groß, dass sich die politische Führung zu einem Treffen mit den Palästinensern bereit erklärte und die Gespräche in Madrid aufnahm. Beide Seiten müssen den Ernst der Situation begreifen. Beide Parteien müssen das Ausmaß der Folgeschäden erkennen, die durch die aktuelle Politik entstehen. Dies wäre ein möglicher erster Schritt, die Bereitschaft der EU und der Vereinigte Staaten hinsichtlich der Stationierung internationaler Truppen zu erlangen; dies sollte nicht nur zum Schutz der Palästinenser geschehen, sondern auch, um die beiden Streitparteien in Vorbereitung eines neuen Schrittes zu trennen.

Jede zukünftige israelische Regierung muss zwei Fakten bedenken: die Notwendigkeit eines sofortigen Einfrierens der Siedlungsaktivitäten und die im März 2001 von Ägypten und Jordanien ergriffene Initiative für einen arabischen Gipfel unter ägyptisch-jordanischer Führung. Auf dessen Tagesordnung werden Vorschläge zur Konfliktlösung stehen und ein Zeitplan, den die EU, die Vereinigte Staaten und auch die Palästinenser akzeptieren, da es einfach keine anderen Lösungsmöglichkeiten gibt.

Die palästinensische Führung hat sehr lange auf eine derartige Initiative von arabischer Seite gewartet, nun endlich folgt die Umsetzung der verbalen und finanziellen Unterstützung.

In der israelisch Zeitung Ha'aretz³ wurden die vier zentralen Themenbereiche für die Verhandlungen genannt:

1. Schritte zur Beendigung des gegenwärtigen Konfliktes zwischen Israel und der Palestinian Authority durch Umsetzung der Verhandlungsergebnisse vom Gipfel in Sharm Esh-Sheikh im Oktober 2000;
2. Vertrauensbildende Maßnahmen, „um wieder Vertrauen in die bereits unterzeichneten Abkommen herzustellen“;
3. Wiederaufnahme der Verhandlungen in allen Punkten der Agenda: Jerusalem, palästinensische Flüchtlinge, Grenzen, Siedlungen, Sicherheit und Wasser;
4. EU, Ägypten, Jordanien und der UNO-Generalsekretär unterstützen und beobachten Durchführung und Fortschritt des gesamten Projektes.

Israels erste Reaktion war auf Grund des Zeitplanes für eine endgültige Regelung negativ. Aber unter dem Druck der unzufriedenen Kabinettsmitglieder der Arbeiterpartei, der Vereinigten Staaten und der EU wird Israel nur die Rückkehr an den Verhandlungstisch übrig bleiben. Die jordanisch-ägyptische Initiative ist um eine Beruhigung der aktuellen Konfrontationen bemüht und will eine weitere Ausbreitung der Unruhen verhindern. Auch die amerikanische Position befürwortet eine arabische Schirmherrschaft für die Verhandlungen und zieht dieses Modell einem neuen direkten Eingreifen der Vereinigten Staaten vor, wie aus zwei Entscheidungen deutlich hervorgeht: Abzug der hochrangigen CIA-Präsenz von den Sicherheitsverhandlungen mit beiden Seiten und umfangreiche Reduzierung der militärischen Präsenz auf der Halbinsel Sinai.

Jordanien möchte ein Übergreifen der Intifada über den Fluss verhindern und engagierte sich daher sehr für das Zustandekommen einer diplomatischen Initiative. Zudem übernahm König Abdullah II. den Vorsitz für den arabischen Gipfel im kommenden Jahr wie auch ein Mandat der Arabischen Liga zur Vermittlung im Regionalkonflikt zwischen dem Irak und Kuwait. Grundsätzlich hat Ägypten diese Rolle gebilligt und die jordanische Reisediplomatie zwischen Israel und den Palästinensern abgesegnet.

Die Motivation für das wachsende jordanische Interesse liegt in der Suche nach einer Möglichkeit, die sich dramatisch verschlechternde Wirtschaftssituation Jordaniens zu verbessern. Ärger und Frustration haben sich in der jordanischen Bevölkerung breit gemacht. Jordanien will daher aus seiner Nebenrolle ausbrechen und drängt auf die Hauptbühne, um künftige israelisch-palästinensische Gespräche zu erleichtern. Aber Jordanien muss aufpassen, dass die Palästinenser nicht zum Widerstand aufrufen – es muss versprechen, dass die jordanische Verantwortung nur eine limitierte und zeitlich begrenzte ist. Jordanien darf keine Ambitionen zeigen, wieder die Herrschaft über die Palästinenser ausüben zu wollen – zulässig ist nur eine regionale jordanische Sicherheits- und Wirtschaftspolitik sowie die Unterstützung der palästinensischen „Brüder“ in ihrem Kampf um einen eigenen, unabhängigen Staat auf dem Gebiet Palästinas. Es wird wichtig sein, dass Jordanien das ständige Misstrauen der Palästinenser abbauen kann. In Anerkennung der jüngsten jordanischen „Mission“ hat Washington bereits zusätzliche Wirtschaftshilfe in Höhe von 75 Millionen US-Dollar und Militärhilfe von 35 Millionen US-Dollar für Jordanien freigegeben; auch ein aufgeschobenes Freihandelsabkommen zwischen den USA und dem Haschemitischen Königreich wurde rasch wieder hervorgeholt und dem Kongress vorgelegt.

3 The Jordanian – Egyptian Proposal. In: Ha'aretz, 19.4.2001

Die Palästinenser könnten zwischen zwei Mühlsteinen geraten: das militärisch geprägte Szenario Israels und die politische Initiative der Araber, geleitet – wenn nicht entwickelt – von Jordanien, das damit seine eigenen Ziele verfolgt. Möglicherweise werden die Palästinenser als Ausgleich eine Aufwertung der ägyptischen Position verlangen, aber auch eine klare Stellungnahme der EU und des UNO-Generalsekretärs ist denkbar. Diese arabische Initiative könnte ein Meilenstein sein, an dem sich alle involvierten Parteien treffen, um ihre unterschiedlichen Interessen und Ziele zu vertreten; und das Ergebnis werden erwartete und unvorhersehbare Szenarien sein.

Niemand kann über die Angst und den tiefen Hass hinwegsehen, der sich in den vergangenen Jahren zwischen Israelis und Palästinensern wieder aufgebaut hat. Der zunehmend milizähnliche Status der Bewegung bewaffneter Siedler in den besetzten Gebieten ist ebenso Realität wie der palästinensische Widerstand. Es scheint fast sicher, dass die Konfrontationen in diesem Gebiet andauern werden, das heißt, wir erleben eine „Libanonisierung“ des Konflikts. Die Vereinigten Staaten bemühen sich um eine Eindämmung des Konflikts und werden demnächst ihre diplomatischen Bemühungen zwischen Palästinensern, Israel und den arabischen Hauptstädten wieder aufnehmen. Die israelische Regierung – ob Sharon oder sein Nachfolger – wird sich viel Zeit lassen, bis sie die Bedürfnisse der Palästinenser anerkennt: Ende der Okkupation und Bildung eines unabhängigen Staates. Auf kurze Sicht ist es entscheidend, einen Waffenstillstand zu schließen und wieder ernsthafte Verhandlungen über alle wichtigen Punkte aufzunehmen, speziell über die Siedlungspolitik, durch die sich die Palästinenser am stärksten bedroht fühlen. Bis es so weit ist, werden die Palästinenser weiterhin ums Überleben kämpfen, sie werden sich immer wieder an neue Gegebenheiten anpassen, bis das nächste Kapitel dieses Konfliktes geschrieben wird.

Dr. Mahdi Abdul Hadi

Direktor der Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs, Jerusalem

Übersetzung aus dem Englischen: Edda Engelke